

## Intervention zur Regierungserklärung vom 19. April 2010 zum PPP-Projekt

Sehr geehrter Herr Präsident,  
Sehr geehrte Vertreter der Regierung,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,

### 1. Mutige Entscheidung:

Die Regierung möchte unser Vertrauen.

Und das noch vorab und während der Planung des PPP-Schulprojekts in Eupen.

Dies nicht ohne Grund: Es wird oftmals ein Jahrhundertprojekt genannt.

Wir entscheiden heute über große Teile der Regierungserklärungen dieser und der nächsten Regierung, da dieses Projekt zukünftige Handlungsspielräume einschränken wird.

Ich sage es gerne frei heraus:

Die Durchführung dieses PPP-Projektes stellt eine ungeheuer mutige Entscheidung dar!

Und auch wir müssen uns einer mutigen Entscheidung stellen, einer Entscheidung, die uns bei diesem Projekt alles andere als leicht gefallen ist.

Mutig auch deshalb, weil diese Regierung und damit jeder, der hier zustimmt, hohe Risiken eingeht.

Risiken, die die finanzielle Situation unserer Gemeinschaft auf das Übelste ruinieren kann. Denn ein solches Mammutprojekt zu derart schwierigen Zeiten ist ein ungeheueres Wagnis.

Ein gefundenes Fressen also für mögliche Kritik, für parlamentarischen Streit, für eine klassische Aufteilung zwischen Ja bei den Mehrheitsfraktionen und Nein bei der Opposition.

## 2. Was ist PPP?:

Denn schon über das Prinzip der Finanzierung selbst, der Public- Private- Partnership (PPP), lässt sich vortrefflich streiten.

PPP steht für die Zusammenarbeit von privaten Unternehmen und öffentlichem Auftraggeber.

Die öffentliche Hand geht eine Partnerschaft ein, um den eigenen Haushalt weniger zu belasten und Fachwissen und Zeit einzukaufen, das der öffentlichen Verwaltung fehlt.

Die öffentliche Hand kann durch diese Finanzierungsform Projekte durchführen, für die eigentlich kein Geld da ist.

Eigentlich ist dies nur dann sinnvoll, wenn der private Partner etwas finanziert und damit auch Einnahmen generieren kann, wie z.B. Autobahnen mit der Maut oder große Sport- und Kulturstätten mit dem Eintrittspreis.

Diese Partnerschaft zwischen der privaten und der öffentlichen Hand wird jetzt auch auf Projekte und Investitionen ausgeweitet, die eigentlich ausschließlich in den Bereich der Politik fallen, da diese nur mit Steuergeldern und ohne spätere Einnahmen finanziert werden müssen.

Warum haben Staat und Bank daher gleichsam Interesse an dem Bau einer Schule?

Die Bank verlangt ihren Preis und verdient dabei Geld.

Nicht mehr und nicht weniger - und das sollten wir bei der Diskussion und Planung auch nie aus den Augen verlieren!

Der Staat hat dabei unter anderem. den Vorteil, dass die Last für den Haushalt in die Zukunft verschoben wird, denn der private Partner verbucht die Kredite.

Ministerpräsident Lambertz sagt in seiner Regierungserklärung:

„In diesem Sinne erhöht das PPP-Projekt die Schuld der Gemeinschaft, doch wird diese Schuld uns bei der Berechnung der Norm des Hohen Finanzrates nicht angerechnet. Somit können wir die acht Eupener Schulen sanieren bzw.

neu bauen und dennoch unseren Verpflichtungen gegenüber dem Föderalstaat nachkommen. Dies wäre außerhalb eines PPP-Verfahrens schlichtweg unmöglich.“

Laut Lambertz gibt es keine finanzielle Alternative zum PPP, wenn man das Schulbauprojekt in dieser Form durchziehen möchte.

Auch gibt der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zu, dass diese Finanzierungsform teurer als andere Finanzierungsvarianten ist:

„Die Gemeinschaft übernimmt keine Garantie für die Anleihen, die der private Partner aufnehmen muss. Dadurch werden [...] die Anleihen für den Privaten teurer [...]“.

Auf diesen finanztechnischen Aspekt haben wir in Vergangenheit mehrmals hingewiesen. Wir freuen uns darüber, dass dies nun auch auf Regierungsseite so gesehen wird.

Der Ministerpräsident sagt auch, dass die Regierung nicht zu den uneingeschränkten und bedingungslosen Befürwortern von PPP-Projekten gehört und „nur in einer wirklichen Ausnahmesituation auf diese Möglichkeit“ zurückgreift.

Damit kommt er unserer Forderung nach, dieses Finanzierungsinstrument nicht verstärkt einzusetzen und die Schuld der Gemeinschaft in Zukunft nicht über den privaten Partner auszulagern.

PPP darf nicht die Regel werden, sondern die absolute Ausnahme!

### **3. Finanzlage der DG:**

Die heutige Diskussion ist deshalb wie so oft auch eine Diskussion über die Finanzlage unserer Gemeinschaft.

Dass die DG große Geldsorgen hat, weiß jedes Kind. Unser Haushalt kann zurzeit ohne neue Anleihen in Millionenhöhe nicht mehr auskommen.

In dieser Phase will die Regierung – neben den sehr umstrittenen Planungen eines Parlamentumzugs ins Sanatorium – ein Jahrhundertprojekt im Bereich des Schulbaus in Eupen aus dem Boden stampfen.

Die Frage muss gestellt werden: Grenzt das an Übermut? Wieso jetzt? Weshalb alles auf einmal?

Oder um meine Frage bei der Debatte um das Projekt Sanatorium nochmals zu bemühen: Ist das sinnvoll?

Denn die Kosten für dieses Mega-Projekt sind schier überwältigend: Bisher geht die Regierung davon aus, dass das Projekt die DG 150 Millionen Euro kostet.

Inklusive Zinsen ist das laut Haushaltssimulation eine Summe von über 293 Millionen Euro – inflationsbereinigt und falls alle Parameter in der Simulation stimmen knapp 232 Millionen EUR.

293 oder 232 Millionen Euro! Kaum vorstellbar! Vor allem wenn man bedenkt, dass der Gesamthaushalt der DG sich auf knapp 195 Millionen EUR beläuft und wir in Zukunft maximal 15 Prozent für Infrastruktur ausgeben.

Für die DG, die dieses Geld nicht zur Verfügung hat und deren technischer Dienst im Ministerium dieses Projekt nicht selber schultern kann, gibt es wie gesagt nur eine Möglichkeit, die Schulbauten zu realisieren:

Durch das Ausnutzen einer rechtlichen Möglichkeit wird die entstehende Schuld für dieses Projekt nicht dem Haushalt der DG, sondern der Bank angelastet.

Haushaltstechnisch wird die Schuld zwar umgangen, dennoch muss jeder einzelne Cent der Investitionssumme, der Zinsen und der Dienstleistungen Jahr für Jahr zurückgezahlt werden. Und das bis ins Jahr 2045.

Zu diesem Zeitpunkt sind Sie, Herr Ministerpräsident, 93 Jahre alt und hoffentlich kein Ministerpräsident mehr!

Durch das PPP-Prinzip wird das Überschuldungsproblem zwar rechtlich legal umgangen, die moralische Frage jedoch ausgeklammert.

Weshalb das Wort „moralisch“? Ich behaupte, dass genau diese Art der Augenwischerei uns zur jetzigen Finanzkrise geführt hat.

Wir müssen aufpassen, dass wir eben nicht über unsere Verhältnisse leben!

Nicht nur der Bürger – auch der Staat droht irgendwann an seinen Schulden zu ersticken, gerade wenn diese nur indirekt und außerhalb der erlaubten Verschuldungskriterien im Raume stehen. Ein Blick auf die Ursachen des Schuldenproblems der Griechen lässt hier einiges klarer werden.

Welche Folgen sind jetzt schon absehbar?

Ausgehend von den Regierungsdokumenten führen die hohen Abzahlungen dazu, dass sich die Handlungsspielräume für neue „normale“ Infrastrukturprojekte insbesondere während der nächsten Legislaturperiode deutlich verringern.

Und genau hier wäre für unser Parlament eine kritische Studie des Rechnungshofs so wichtig gewesen!

Halten wir abschließend zum Bereich Finanzen fest: Ja, die DG traut sich an ein Projekt heran, das sie selbst nie hätte schultern können, da die finanzielle Situation unserer Gemeinschaft längst ausgereizt ist.

Des Weiteren warten auf uns bis ins Jahr 2045 hohe Belastungen, die nur durch einen relativ stabilen Wachstumsrahmen bezahlt werden können.

Die Frage muss erlaubt sein: Was geschieht, wenn unser Wachstumssystem eben nicht mehr wächst?

Trotz dieser düsteren Aussichten stellt der Ministerpräsident das Parlament heute vor eine unheimlich schwierige Wahl, die da lautet: Entweder alles, oder nichts!

Entweder werden die acht Schulen jetzt saniert und neu errichtet, oder wir machen nichts an den Schulen. ALLES ODER NICHTS!

ABER: Es gibt für uns in diesem Fall keine Alternative. Wenn wir diese Schulen endlich sanieren und erneuern wollen, ist dieses Projekt in dieser Form nur über das Prinzip PPP möglich.

Das Projekt ist in dieser Form daher alternativlos!

Es nicht durchzuziehen wäre den Schülern gegenüber fahrlässig, es durchziehen bedeutet unseren Haushalt extrem belasten, sogar das Risiko eines erneuten langjährigen Investitionsstaus bei allen anderen zukünftigen notwendigen Projekten eingehen.

#### **4. Desolater Zustand bestimmter Schulen und verlorene Chancen:**

Die Regierung muss sich jedoch die Frage stellen, ob diese Situation durch anderes Handeln in der Vergangenheit hätte verhindert werden können.

Ausgehend von unseren Besuchen in den hiesigen Schulen und von den Gesprächen, die mit den Schulverantwortlichen geführt worden sind, besteht nämlich wirklich eine dringende Notwendigkeit, die Schulen des Athenäums, des RSI, des IDGS und der Autonomen Hochschule gründlich zu sanieren bzw. neu zu bauen.

Sie sind tatsächlich alle in einem bedauerlichen Zustand.

Klar ist aber auch, dass sich die Gemeinschaft nicht wirklich zufrieden stellend um diese Gebäude gekümmert hat. Die Frage, die unsere Kollegin Gabriele Thiemann-Heinen kürzlich schriftlich an die Regierung gerichtet hat, ist deshalb von großer Bedeutung:

- Wie hoch liegen die Ausgaben für Sanierungs-, Wartungs- und Umbauarbeiten in den Schulen des Königlichen Athenäums Eupen, des Robert-Schuman-Instituts Eupen, des IDGS und der Autonomen Hochschule aufgeschlüsselt nach Kalenderjahr seit September 1999?
- Wie hoch liegen die Investitionssummen für Energiesparmaßnahmen, die in diesen Gebäuden - ebenfalls aufgeteilt nach Kalenderjahr seit September 1999 - investiert worden sind?

Das, wovon sich die Parlamentarier dieses Hauses ein Bild machen konnten, hat die DG über Jahre offenen Auges auf sich zukommen lassen – und nichts erfolgreich dagegen unternommen.

Dabei hatte die so genannte Regenbogenregierung aus Sozialisten, Liberalen und Grünen vor rund 10 Jahren eine damals sündhaft teure Studie im Wert von 17 Mio. Franken oder 420.000 Euro durch den Eschweiler-Bergwerksverein (EBV) erstellen lassen, um Einblick in die infrastrukturelle Situation der öffentlichen Gebäude zu gewinnen.

Was dieser nordrhein-westfälische Verein damals an Handlungsbedarf festmachen konnte, muss bahnbrechend für die Infrastrukturplanung der DG

gewesen sein. Schließlich sprach der Ministerpräsident damals von der „fundamentalen Bedeutung dieser Bestandsaufnahme für die Infrastrukturträger“.

Es wäre hoch interessant, wenn die Regierung offen legen würde, wie diese Studie den Zustand dieser Gebäude (die jetzt Teil des PPP-Projekts sind) damals vor 10 Jahren bewertete!

Denn schon damals hätte sie darauf aufmerksam machen können, wo die wichtigsten Ansatzpunkte für die Infrastruktur der DG-Gemeinschaftsschulen bestehen.

Vielleicht hätten wir dann heute nicht das Problem, einer kostspieligen, risikoreichen aber alternativlosen Finanzierungsform ausgeliefert zu sein, die uns zu überlasten droht.

Die letzten beiden Regierungen hätten viele Jahre Zeit gehabt, auf alternative Modelle zurückzugreifen.

Sie hätte etwa das Projekt aufspalten und in den letzten 10 Jahren gewisse Prioritäten setzen können.

## **5. Herausforderungen der Zukunft mutig entgegentreten:**

Es nutzt jedoch keinem Schüler, jetzt an dieser Stelle und in diesem Moment über Fehler der Vergangenheit zu streiten, denn dort gibt es parteiübergreifende Versäumnisse und Fehlinvestitionen!

Anstelle eines „Wer hier ohne Fehler ist, werfe den ersten Stein“ bevorzugen wir: „Wer hier guten Willens ist, der setze den ersten Stein“.

Die Schüler brauchen die Schulen jetzt – dementsprechend gilt es zu handeln.

Auch aus diesem Grunde müssen wir den Herausforderungen der Zukunft mutig entgegentreten.

Die CSP hat bei ihrer Entscheidungsfindung auf den Rat des deutschen Wirtschaftsweisen Peter Bofinger zurückgegriffen. Dieser hat in den Ausführungen eines seiner Bücher („Warum wir jetzt einen starken Staat brauchen“) Kriterien für vernünftige finanzpolitische Entscheidungen festgelegt.

In seiner Liste der wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen öffentlichen Investitionen belegen Schulen den ersten Platz. Bofinger schreibt:

„Wir als Gesellschaft müssen einen Konsens über die Ausgaben erreichen, die wir als elementar für unsere Zukunftssicherung ansehen. Auf dieser Grundlage kann dann eine wirklich zukunftsorientierte Finanzpolitik betrieben werden“.

Die Investition in die acht genannten Schulen kann die CSP nur als eine solche zukunftsweisende Investition werten.

Das können wir hier mit gutem Gewissen verteidigen, wie wir hier auch mit gutem Gewissen gegen die schwachsinnige Investition in das Sanatorium als zukunftsbelastende Investition argumentiert haben.

Die gute Bildung unserer Kinder in einem angemessenen Umfeld ist Grundbedingung für eine sichere Zukunft.

Die Kernkompetenz Bildung muss unserer Gemeinschaft einiges Wert sein. Das gilt für die Infrastruktur wie für die Vergütungen unserer Lehrkräfte.

Dieses Projekt muss ab heute so gründlich wie möglich durchgeführt werden. Wir müssen gewähren, dass das Projekt auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit aufgebaut ist.

Dabei fallen uns bei der Planung viele Ansatzpunkte ein:

- Nachhaltigkeit bedeutet für uns, dass die lokale und regionale Wirtschaft von diesem Projekt profitiert, in dem Arbeiten an hiesige Unternehmen vergeben werden. Gerade im Hinblick auf die Folgekosten, sollten kurze Anfahrtswege und das Know-how hiesiger Unternehmen aufgrund ihrer Ortskenntnis eine Art Vorgabe für den privaten Partner sein.

- In Zukunft werden weitere Aufgaben auf die Autonome Hochschule zukommen – etwa auf dem Gebiet der Förderpädagogik, der Ausbildung von Mittelschullehrern im Bereich Pädagogik, Kooperationen mit der Städteregion Aachen in Bezug auf eine gemeinsame Bachelor-Ausbildung im Bereich Kindergarten und Krankenpflege.

- Da sich das Projekt einzig auf den Bereich der Stadt Eupen konzentriert, stellt sich auch die Frage nach der Einbeziehung lokaler Sport- und Kulturträger. Wie wird sich die Nutzung der Räumlichkeiten durch diese Vereine im Vergleich zur

jetzigen Situation verbessern und wie sieht deren finanzielle Belastung dabei aus?

## 6. Begründung der Entscheidung:

Aus all diesen Gründen müssen wir der Regierung an dieser Stelle sagen:

Eine Vertrauensfrage vor dem Hintergrund, dass das definitive Projekt nicht vorliegt und der private Projektträger nicht bestimmt ist, im Kontext so vieler noch offener Fragen und ohne eine durch uns geforderte Überprüfung durch den Rechnungshof, ist kein sehr fairer Zug.

Wenn man uns über ungelegte Eier abstimmen lässt, weil noch derartig viele Unklarheiten bestehen, ist das eine unanständige Situation, da wir diesem Projekt wohlwollend gegenüber stehen.

Besser wäre es gewesen, kurz vor Unterzeichnung dieser Verträge mit dem privaten Partner und nach Kenntnis aller definitiven Elemente und Vertragsparameter diese Vertrauensfrage zu stellen.

Sie stellen diese Frage aber jetzt und wir werden antworten.

Vieles hätte wegen der unzähligen noch unklaren Parameter auf Enthaltung hingewiesen.

Aber als politisch verantwortlich denkende Menschen waren wir uns in der Fraktion einig: Eine Enthaltung wäre in diesem speziellen Falle vieles, aber keine Haltung gewesen. Das Jahrhundertprojekt PPP in Eupen verlangt entweder ein klares Bekenntnis oder eine klare Ablehnung.

Die Notwendigkeit des Projektes habe ich als unverkennbar beschrieben. Dass die gewählte Finanzierungsform durch eigene Versäumnisse alternativlos ist, ist nicht unser Fehler.

Weil wir die Investitionen aber jetzt durchführen müssen und nicht erst in 10 Jahren, müssen wir heute mit JA stimmen.

An unser JA knüpfen wir jedoch mehrere Erwartungen:

1. Rechnungshof: Der Rechnungshof muss dieses Projekt überprüfen und dessen Schlussfolgerungen müssen in die Planung einbezogen werden!
2. Finanzieller Rahmen: Wir erwarten, wir fordern und wir werden überprüfen, dass und ob der finanzielle Rahmen gewahrt bleibt. Bei dem Projekt darf es nicht zu einer weiteren Kostenexplosion kommen, wie wir sie beim Sanatorium erleben mussten!
3. Offenheit: Wir erwarten von Ihnen radikale Offenheit und wirklichen Dossier-Einblick beim Planungs-Endspurt, bei der Bauphase und bei den Folgekosten. Nur so können wir unsere Kontrollfunktion effektiv und sinnvoll wahrnehmen.

Unser Ja bei der heutigen Vertrauensfrage ist daher kein Persilschein für das Handeln dieser Regierung.

Es bedeutet auch kein prinzipielles Ja für die allgemeine Finanzpolitik dieser Regierung.

Es bedeutet aber, und dessen sind wir uns bewusst, ein Ja für diesen einen gewichtigen Schwerpunkt.

Diese Investition in Bildung ist sinnvoll, aufgrund ihrer Höhe jedoch riskant.

Wenn sich nur ein kleiner Parameter der Finanzsimulation negativ verändert – etwa durch eine erneute Finanzkrise oder eine neue Finanzierungsregulation – wäre alle Planung sinnlos!

Dann stünden wir in dreißig Jahren vielleicht ohne die nötigen Mittel für Investitionen da, die dann andere Schulen benötigen. In diesem Zeitpunkt wird auch die kippende Alterspyramide alle möglichen finanziellen Anstrengungen von uns abverlangen.

Der Kollege PALM hat unsere Haltung bei der Kritik an der Finanzpolitik der Regierung oftmals mit dem Spruch konfrontiert: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“

Wir beweisen bei diesem Projekt politischen Mut und waschen unseren Pelz hier mit ganz viel Wasser!

Eines ist sicher: Es gibt wenig Sinnvolleres als Steuergeld in Bildung zu investieren.

Folgendes ist ebenfalls sicher: Die Banken werden uns dieses Projekt danken!  
Hoffentlich unsere Kinder auch!

**Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!**